

E 2200 Berlin 1/1

Le Conseil fédéral au Ministre de Suisse à Berlin, B. Hammer

L

Bern, 6. Oktober 1869

In der hier abschriftlich folgenden Eingabe¹ übermacht uns die Regierung des Kantons St. Gallen die Reklamationen zweier im genannten Kantone eingebürgerter, ehemaliger Württemberger, nämlich:

des Kaufmanns Joseph Fidel Durner, früher von Ravensburg, jetzt Bürgers von Steinach, &

des Bäckers Joseph Patriz Diemer, früher von Ellwangen, jetzt Bürgers von Degersheim,

welche sich beschweren, dass sie, ihrer diesseitigen Naturalisation ungeachtet, von den württembergischen Behörden selbst unter Androhung der erheblichsten Rechtsnachtheile, wie Vermögensentzug u. dgl. zum Militärdienste verhalten werden wollen.

Verhält sich die Sache durchwegs so, wie die Reklamanten angeben, so muss diess natürlich ein sofortiges energisches Einschreiten von unserer Seite zur gerechten Folge haben. Indessen gestehen wir, dass es uns fast unbegreiflich erscheint, wie Württemberg zu Forderungen sollte gelangen können, die ebenso sehr mit der wegen gegenseitiger Militärdienstbefreiung unterm 10. Februar/4. März 1859 abgeschlossenen Übereinkunft², als mit dem unterm 18 März d. J. vereinbarten Niederlassungsvertrage³ im grellen Widerspruche stünden.

Wir laden Sie daher ein, über das Sachverhältnis bei der Kön. württembergischen Regierung die nötigen Erkundigungen einzuziehen; eventuell wären Sie beauftragt, auf Rücknahme der in Frage stehenden Massregeln zu dringen & für die Zukunft gegen ähnliche Verfügungen Verwahrung einzulegen.

1. Du 27 septembre 1869. Non reproduite.

2. RO VI, p. 218.

3. RO IX, p. 814.

